

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 259

Mittwoch, den 6. November 1918

13. Jahrgang

Die deutsche Regierung an das deutsche Volk.

Umtriebe und Abreise der russischen Botschaft in Berlin. / Die Matrosenunruhen in Kiel. / Die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland. / Die Italiener in Triest. / Polnisch-ukrainische Kämpfe in Galizien. / Das Programm der neuen sächsischen Regierung. / Parlamentarisierung in Mecklenburg und Oldenburg.

Ein Aufruf der deutschen Regierung.

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Recht hat. Die deutsche Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Geschäftsführung das Vertrauen des Reichstages und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluss unterliegen der Genehmigung des Reichstages. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstecken soll, wird entschlossen weitergeführt. Die Neugestaltung kann ihre befreiende und hellende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden. Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen. Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluss eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leistung von Meer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem anderen Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden. Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank. Durch ihren Tapfermut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluss wird sich bald eine Besserung der Ernährungs- wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Frieden sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das unentbehrlich in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes, als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max Baumbach; der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Beyer; der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg; die Staatssekretäre Dr. Solf, Graf von Helldorf, Dr. von Raabe, Müllin, v. Waldow, Freiherr v. Stein, Scheidemann, Groeber, Erzberger, Hausmann, Bauer, Trimborn; der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann; der Kriegsminister Schell.

Bolschewistische Umtriebe der russischen Botschaft in Berlin.

Terroristische Schritte bei einem russischen Kurier in Berlin.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Am 4. November abends traf, von Moskau kommend, der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eins der Kisten durch Unvorsicht beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern. Eins der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“ (der Spartacusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein

anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Mordmord und Terror auffordert. Auf Ansuchen der Bahnhörsbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Übernahme der russischen Vertreter aus Deutschland.

Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Forderungen dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland getrieben werden, und daß der noch immer ungeklärte Vorfall an dem Grafen Mirbach ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung ist ersucht worden, die zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso sind die deutschen amtlichen Vertreter in Russland abberufen worden.

Die Matrosenunruhen in Kiel.

Kiel in der Gewalt der Matrosen.

Die rote Flagge über dem deutschen Schiffen.

Wir haben bereits gestern über bedeutsame Unruhen im Kriegshafen Kiel berichtet. Heute liegen darüber folgende weitere Berichte vor: Montag mittag erschien ein Erlass des Gouverneurs, in dem die ausländischen Matrosen aufgefordert wurden, ihre Wünsche zu äußern. Infolge dessen traten die Abordnungen der Matrosen zu einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zusammen und stellten ein Programm ihrer Wünsche auf. Darunter befanden sich folgende: Die Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Bruchpflicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften, Aufhebung der Offizierskasinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zurzeit in den Arrestzellen befinden und Strafflosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgeführten Mannschaften.

Diese Forderungen wurden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht, und alle Forderungen wurden vom Gouverneur gutgeheißen. Die Matrosen verpflichteten sich, ihrem Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben. Sie verpflichteten sich auch insbesondere zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestanden zu, daß jedermann, der bei Plünderungen betroffen würde, auf der Stelle handstreichlich zu erschließen sei. Die Matrosen sind vollständig Herren des Hafens. Die Offiziere sind ohnmächtig und können sie nicht zurückhalten und ebensowenig in ihren Handlungen behindern.

In den ersten Nachmittagsstunden des Montag kam es zu einer kurzen Schießerei zwischen einer Kompanie der Torpedodivision und Werkdivision. In kurzer Zeit stand die ganze Garnison auf Seiten der ausländischen Matrosen. Eine Stunde später kam es zu einer riesigen Freudenkundgebung. Ein Zug von etwa 15 000 bis 20 000 Mann Soldaten zog nach dem Arresthof in der unteren Feldstraße. Im Zuge befindliche Arbeiter waren bewaffnet. Unter den Gesängen von patriotischen und Soldatenliedern ging der riesenhafte Zug durch den Nordteil der Stadt. Im Zuge wurden zahlreich rote Fahnen getragen. Die Gefangenen wurden entlassen und unter großem Jubel in Empfang genommen. Ein kleiner Teil des Zuges ging zum Bahnhof, um dort den Staatssekretär Hausmann und den Reichstagsabgeordneten Rosks zu empfangen. Am Abend beschloßen die Vertrauensleute der Gewerkschaften der Betriebe, daß am Dienstag als Sympathiekundgebung für die Matrosen der Generalkriegsbeginn soll. Ausgeschlossen sind die Lebensmittelgesellschaften und die Licht- und Wasserwerke.

Die rote Flagge.

Die „Kiel. Ztg.“ meldet vom Dienstag: Heute früh wurde auf allen Hafenzugängen und Maschinen die rote Flagge gehißt. Das Dampfschiff „Ahn“, das im Tod war und noch die Kriegsflagge führte, wurde vom Lande aus von Matrosen beschossen. Die Kriegsflagge wurde gesenkt und an ihre Stelle die rote Flagge gesetzt. Die ganze Stadt ist voller Matrosen. Die meisten sind bewaffnet und mit der roten Fahne und Schleifen geschmückt. Sie durchziehen sie die Straßen der Stadt. Viele Autos, gefüllt mit Soldaten, die Gewehre tragend, fahren durch die Stadt. Die Werkstätten sind abgesperrt. Maschinengewehre stehen vor den Eingangstüren und verhindern allen Arbeitern und Beamten den Eintritt. Nur die Direktoren und die höheren Betriebsleiter werden durchgelassen. Der allgemeine Ausfall ist im vollen Gange. Die ausländischen Matrosen halten strenge Ordnung. Alle Offiziere, Ingenieure und Bedienstete werden angehalten. Sie müssen ihre Koffer abnehmen, auch wird ihnen der Säbel abgenommen. Die Bediensteten können ungehindert weitergehen, während die Offiziere festgehalten werden.

Es ist ein Flugblatt telephonisch nach Kiel mitgeteilt worden, das verbreitet werden soll, unheimlich

alten
auf
Auger
der
wecke.

ische
aus.
in
nfo
del
33.
2000
inger
2000
schen
Eien
kelle.
ohn
dorf.
200.

mit dem Reichsanwalt, dem Staatssekretär der Marine. Es wird darin ausgeführt, daß alle Mitglieder der Regierung sich darin einig sind, daß der Frieden schleunigst geschlossen werden muß. Auf der anderen Seite müssen aber auch die nötigen Dienstleistungen ausgeführt werden. Das zur Ordnung bestellte militärische Maßgebot hat am Sonntag und Montag den Befehlen gehorcht.

Zugeständnisse an die Matrosen.

Die vom Generalgouverneur im Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Roske und des Staatssekretärs Haußmann beschlossenen Punkte lauten folgendermaßen: 1. Haußmann nimmt die Forderungen der Matrosen an und verspricht schleunigste Durchführung bei der Regierung. 2. Sofortige Abbrechung sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen. 3. Einwirken zum Einlaufen der Flotte. 4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der letzten in Haft befindlichen Personen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten zu entscheiden. Zur Vervollständigung des Ausschusses sind die Reichstagsabgeordneten Haase und Bedebour telegraphisch nach Kiel berufen worden.

Auf dem Dampfschiff „Kaiser“ verteidigten die Offiziere mit der Pistole in der Hand die deutsche Kriegsflagge, sie wurden aber durch die Mannschaften gezwungen, die Kriegsflagge herunterzuholen und die rote Flagge zu hissen. Unter den Offizieren sind zwei Tote, darunter der Kommandant, der die Mannschaft nicht an Land lassen wollte, und mehrere andere Verwundete. Von den vier Infanteriekompagnien, die Dienstag nacht in Kiel anlanden, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen. Die vierte wurde entwaffnet. In der Nacht wurden auch Wandsbeker Husaren angegriffen. Sie wurden aber eine Stunde vor Kiel von Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Der Gouverneur wurde Montag abend nach dem Bahnhofsgehoft und dort mehrere Stunden festgehalten. Weil man vermutete, daß noch mehr Truppen von auswärts kommen würden. Die Bürger können vollständig frei verkehren. Nirgends sind Abperrungen vorgenommen worden. In sämtlichen Marinebetrieben ist der Verkehr für Zivilpersonen gesperrt.

Gegen 7 1/2 Uhr am Dienstag Abend fand eine Versammlung statt, bei der Reichstagsabgeordneter Roske eine Rede hielt. Er führt aus, daß in einigen Tagen der Waffenstillstand folgen werde. Allen berechtigten Wünschen der Soldaten und der Arbeiter sollte baldige Erfüllung werden, dafür werde er sich einsetzen. Er hat um Ruhe und Besonnenheit und sprach von nutzlosen Gewalttaten, die der Sache der Demonstration nur schädlich sein könnten. Lebhaftige Zustimmung aus der Versammlung und Huzzas auf die Republik unterbrachen oft die Ausführungen des Redners.

Zur Friedensfrage.

Einigung in Versailles.

Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Courant“ meldet: „Ich erfahre soeben, daß man sich in Versailles über die Deutschland auszuwerkenden Waffenstillstandsbedingungen geeinigt hat. Die Bekanntgabe dieser Bedingungen, die 14 Punkte umfassen, ist stündlich zu erwarten.“

Die Waffenstillstandsgerüchte.

Die neuerdings aus Genf gemeldeten angeblichen Friedensbedingungen der Entente enthalten, wie an zuständiger Stelle in Berlin berichtet wird, jeder offiziellen und tatsächlichen Grundlage und sind lediglich als Versuchsballon zu bewerten. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente sind noch nicht in Berlin eingetroffen.

Man nimmt in Berlin politischen Kreisen, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, an, daß die Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden und zwar, weil Wilson die Senatswahlen, die in diesem Augenblick stattfinden, noch abwarten will, um je nachdem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, seine Ansicht über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung zu bringen. Daß aber die wichtigsten Fragen zwischen den Ansicherungen Wilsons und denen der Entente, Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Es verlautet übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angehören werden: General v. Gändell, der Militärdelegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeld, ferner Admiral v. Mourez und der frühere Staatssekretär Admiral v. Glinz.

Die Hoffnung auf die deutsche Annäherung.

Die Wasser Blätter bringen Londoner und Pariser Telegramme, aus denen hervorgeht, daß die Alliierten die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen ausdrücklich verzögern, um noch weitere durchschlagende militärische Erfolge zuvor zu erringen. „Das Gespräch“ hofft, daß der drohende Sturzfall in Bayern baldmöglichst in die Tat umgesetzt werde und alsdann der Sturm der öffentlichen Meinung in Deutschland die preussische Verantwortlichkeit dazu zwingen werde, um jeden Preis Frieden zu schließen. Das Wasser „Journal“ betont, Deutschland müsse jetzt den Gnadenstöß erhalten, damit es vollständig kapituliere.

Der heutige Kriegsbericht.

(Kritisch) Großes Hauptquartier, 6. November. Westliches Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Scheldenebene. Auf dem Schlachtfeld zwischen der Schelde und der Dije haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach stärkster Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieg auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Normal und südlich von Landreies großen Umfang annahmen. Der Feind stand am Abend westlich von Naval, am Ostrand des Waldes von Normal, südlich von Landreies und südlich von Gulle. Auch zwischen der Dije und der Maas haben wir große Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt, und hat westlich der Maas die allgemeine Linie Marle—Dijon—Soons—Echy erreicht. Westlich der Maas standen wir mit ihm nördlich von Le Chesnes und westlich von Beaumont in Gefechtsfähigkeit. Starke Angriffe des Feindes bei Beaumont und Betenne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stehen die Amerikaner unter heftigem Feuerschutz über die Maas und drangen in die Wälder auf den östlichen Maashöhen zwischen Milly und Vilosnes ein. Das sächsische Jägerregiment 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaines vordringenden Feind zurück und nahm den Epinoy-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Kamm der östlichen Maashöhen ihren Abschluß. Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen von Storg und in dem Walde von Etrage ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Wolle und Leutnant Rönneke erlangen ihren 35. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

General Foch überhändelt für das amerikanische Heer. Die Londoner „Morning Post“ meldet: Auch Amerika übertrug dem General Foch die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen für das amerikanische Heer in Frankreich.

Die Schabener-Jahrespreise. Der „Secolo“ meldet aus Rom: Die serbische Regierung meldet Schabener-Jahrespreise an Oesterreich und Deutschland für die dreijährige Besetzung an. Man spricht von 8 bis 12 Milliarden Dinar.

Reichstagsabgeordnete an der Front.

Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begibt sich eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennen lernen und, soweit es möglich ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Abreise Karolyis zu Friedensverhandlungen nach Padua. Der ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi begibt sich mit mehreren Mitgliedern des Nationalrates, Arbeiterrates und Soldatenrates nach Padua, um mit dem italienischen Oberkommandanten Graf Diaz, Friedensverhandlungen zu beginnen. Graf Karolyi teilte mit, daß die Waffenstillstandsverhandlungen abgeschlossen seien.

Die Versorgung Wiens.

Wie die „Ungarische Post“ meldet, wurde Abgeordneter Ellenbogen nach Budapest entsandt, um an den zuständigen Stellen wegen Versorgung Wiens mit Lebensmitteln Verhandlungen zu führen. Der ungarische Nationalrat gab dem deutsch-österreichischen Abgesandten eine Erklärung ab, daß dem Wunsch nach Ausschiffung von Lebensmitteln in weitgehendem Maße Genüge geleistet werden wird.

Die Verwaltung Oesterreich-Schlesiens.

Die „Deutschen Nachrichten“ melden aus Bielitz: Entgegen anderen Nachrichten ist Ostschlesien fast bis zur Grenze auf friedlichem Wege unter die Verwaltung des Deutschen Volksrates gestellt worden. Die Städte Bielitz, Teschen, Friedek und Wistek sind von der deutschen Nationalgarde besetzt worden. Die deutschfreundlichen Polen helfen mit, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach Krakauer Blättern hat das tschechische Kommando in Prag an alle Kommandos in Schlesien einen Befehl ergangen, nach dem Schlesien als tschechisch zu betrachten sei.

Ukrainische Regimenter in Lemberg.

Nach einer Meldung aus Kiev hat die ukrainische Regierung zwei Bataillone nach Lemberg entsandt, um die Stadt für den ukrainischen Nationalrat in Besitz zu nehmen.

Trient von den Italienern besetzt.

Ueber den Vormarsch nach Trient meldet der Mailänder „Secolo“: Am 2. November wurde Rovereto ohne Kampf besetzt, und noch am selben Tage drangen, unbefehligt von den österreichischen Truppen, die Italiener in Trient ein.

Bayrische Beschränkungen.

Alle für die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn bisher vorliegenden bayrischen Presserklärungen brücken die schwersten Beschränkungen für das Land deutsche Land zwischen Brenner und Bozen aus und erachten die Befreiung eines feindlichen Durchmarsches durch Oesterreich schon jetzt, nicht erst für das Frühjahr, als gegeben.

Kaiserin Rita.

Wie das „Berger Tagblatt“ erzählt, hat in den letzten Tagen die Kaiserin Rita durch eine Mittelsperson in Prag anfragen lassen, ob sie mit ihren Kindern eine Zeltlager in Brandeis an der Elbe (nordöstlich Prag) wohnhaft nehmen könne. Es wurde ihr geantwortet,

daß sie willkommen wäre, wenn sie als Privatperson erscheine.

Zur Verfertigung der „Vigibus unita“.

Nach dem „Giornale d'Italia“ sind die beiden italienischen Marineoffiziere, die den österreichischen Panzerkreuzer „Vigibus unita“ im Hafen von Pola versenkten, unterzogen in österreichische Gefangenschaft geraten.

Sächsischer Landtag.

Das Programm der neuen sächsischen Regierung.

Sitzung der Zweiten Kammer.

Die Rede des Ministers Dr. Heine.

In Gegenwart sämtlicher Staatsminister, vor fast hundertem Hause und vor vollbesetzten Tribünen entwickelte gestern der Vorsitzende des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Heine, das Programm der neugebildeten Regierung. Er führte u. a. aus:

Die neue Regierung tritt vor den Landtag in einer ernsten Zeit, in einer Zeit, wo Feinde uns allerseits umstürmen, wo der Bestand des Reiches auf dem Spiele steht, wo schwere Sorgen für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft uns im Innern bedrängen. In solcher Zeit und aus der Zeit heraus für die Zukunft soll unser oberster Grundsatz sein, alle lebendigen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Wenn in den Zeiten, wo alle Kräfte auf das Äußerste angespannt sind, Wert darauf gelegt würde, daß fachkundige Männer an die Spitze der Ministerialdepartements ständen, so ist doch durch das eingeschlagene Verfahren Gewähr dafür gegeben, daß das Gesamtministerium in engster Fühlung mit der Volksvertretung steht. Diese Fühlung aufrecht zu erhalten, wird in erster Linie die bedeutungsvolle Aufgabe der eigentlichen Parlamentsminister sein. Sie werden die politische Haltung des Ministeriums wesentlich beeinflussen. Auch in Zukunft werden als Vorgesetzte der Ministerialdepartements — sei es aus Beamtenkreisen, sei es aus dem Landtage — nur solche Minister berufen werden, gegen deren Ernennung seitens der Mehrheit des Parlaments kein ausdrücklicher Widerspruch erhoben wird. Die Möglichkeit, daß ein Minister gegen den Willen des Parlaments dauernd im Amte verbleibt, scheitert an der Macht der Tatsachen. In Frage kommt die Bildung eines neuen Verkehrsministeriums und die Trennung des Kultus- vom Unterrichtsministerium.

Es ist zu hoffen, daß durch die Neuorganisation der Regierung diese und das Parlament mehr und mehr zu einer idealen Arbeitsgemeinschaft verschmelzen, in der die politischen Kräfte des sächs. Volkes soweit als möglich zur Wirksamkeit gelangen. Zu dieser Ueberzeugung bin ich berechtigt, haben doch alle Klassen und Stände in gleicher Vaterlandsliebe nach auch das Vaterland gemeinsam verteidigt, nach innen Mühen und Entbehrungen gemeinsam getragen. Nach diesem Kriege hat kein Stand mehr das Recht, für sich den Anspruch auf besondere Vaterlandsliebe zu erheben, anderen Ständen die Vaterlandsliebe abzusprechen.

Das Wahlrecht. — Die beiden Kammern.

Die unmittelbare Folge dieser Auffassung ist die Forderung, daß das Wahlrecht für die Zweite Kammer auf breiterer Grundlage aufgebaut werde, daß insbesondere die Vorrechte des Besitzes hierbei weggelassen. Dementsprechend wird die Regierung dem Landtage in kurzer Frist den Entwurf eines Wahlgesezes vorlegen, das das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne jede Kleinliche Einschränkung vorschlägt. Um die Willkürigkeiten zu ihrem Rechte gelangen zu lassen, soll das Wahlrecht auf dem System der Verhältniswahlen beruhen. Damit werden nach langen Kämpfen die Wünsche breiterer Schichten in einwandfreier Weise erfüllt. Neuwahlen können selbstverständlich vor Friedensschluß und vor Heimkehr unserer Krieger nicht stattfinden. Wie die Dinge sich jetzt anstellen, hoffe ich aber, daß im Spätsommer oder Herbst des nächsten Jahres, also 1919, nach dem neuen Gesetze gewählt werden kann und heute übers Jahr der neue Landtag bereits in der Arbeit begriffen ist.

Wenn ich die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Regierung und Parlament eng verbunden die Staatsgeschäfte führen sollen, so habe ich unter Parlament nicht nur die Zweite, sondern auch die Erste Kammer verstanden. Auch der Ersten Kammer können Minister entnommen werden, um die Verbindung zwischen Regierung und Erster Kammer zu sichern. Wenn ich im Augenblicke hierzu noch kein Bedürfnis herausgestellt hat, so kann ich doch in Zukunft ein solches ergeben. Der lebhafteste Wunsch der Ersten Kammer, fruchtbringend an der Entwicklung Sachsens mitzuwirken, steht fest.

Nahrungsmittel und Rohmaterialien.

Es sei mir gestattet, zunächst einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Sowohl in der Zeit bis zum Friedensschluß als auch in der Übergangszeit als auch später wird das Volk vieles entbehren müssen, was es vor dem Kriege als selbstverständlich ansah. Selbst der reichsten, gewöhnlichsten, volkstümlichsten Verwaltung wird es beim Mangel an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien nicht immer möglich sein, die Bedürfnisse des Volkes in der Weise zu befriedigen, wie sie es selbst möchte. Der beste Wille wird oft an der Macht der Tatsachen scheitern. Darüber muß sich jeder im Volke klar sein und er muß diese Klarheit in seinen Kreisen verbreiten. Vor allem aber ist davon zu warnen, durch Unbedacht oder gar durch Gewalt Unordnung zu schaffen. Die Wohlfahrt des Volkes kann bei den überaus schwierigen Verhältnissen nur dann verbürgt werden, wenn alle verantwortlichen Posten sich ungehindert in peinlichster Zusammenarbeit ihren Aufgaben widmen. Tritt Unordnung in dem überaus komplizierten Verwaltungsorganismus ein, so sind die schwersten Folgen für die Allgemeinheit zu befürchten. Die vorhandenen Vorräte sollen auf das gewissenhafteste erfasst und verteilt werden. Die eigentliche Schwierigkeit besteht in der Anaptheit der Vorräte und der Transportmittel. Rein zumut ist im Stande, die Vorräte zu stel-

gern, mehr Brot zu schaffen, die Zahl der Eisenbahnwagen zu vermehren. Nur die Tat eines Wahrsinnigen kann es sein, die Ordnung zu verwirklichen und dadurch das Volk dem Ruine entgegenzutreiben. Keine Staatsform ist so sehr auf den Patriotismus aller Bürger angewiesen wie die Demokratie, die allen Bürgern vor allem Teilnahme am Staatsleben gewährt.

Weitere Reformmaßnahmen.

Der Minister kündigte dann an: Für die Schaffung lohnender Arbeit für die heimkehrenden Krieger die Errichtung eines Arbeitsamtes, die Erleichterung der Rohstoffbeschaffung für Industrie und Gewerbe, die Besserung der Volksernährung, die Bekämpfung des Kriegswuchers und Schleichhandels, den Wiederaufbau der Landwirtschaft, freiwirtschaftliche Ausgestaltung des Gemeindefinanzwesens, besonders durch Wegfall des Hausbesitzerprivilegs, Reform des Volksschulwesens, steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne.

Fürsorge für Beamte und Lehrer.

Schließlich wende ich mich zu den Fragen der Beamtenpolitik. Für eine geordnete Betätigung des Staates kommt es in unserer Zeit mehr denn je auf die persönliche Tüchtigkeit der Beamten an. Aber auch der Tüchtigkeit kann sich auf die Dauer nur bewähren, wenn ihm der Staat eine gesicherte Existenz gewährleistet. Gerade nach dem Kriege werden wir zur Erfüllung der gewaltigen Aufgaben, die uns bevorstehen, uns ein hochqualifiziertes, freudig und intensiv arbeitendes Staatsbeamtenkorps sichern müssen, das sich aus den Leistungsfähigsten aller Kreise rekrutiert. Ein Beamtenstand, den in allen seinen Gliedern eine echte Staatsgewinnung, eine unwandelbare Staatsstreue besetzt, ist eine Staatsnotwendigkeit. Es wird deshalb eine der wichtigsten Sorgen der Staatsregierung sein müssen, die Lage unserer in Krieg und Frieden gleich ausgezeichnet bewährten Beamtenenschaft so zu gestalten, daß ihr bisheriges Ansehen, ihre moralische Unantastbarkeit, ihre Leistungsfähigkeit und Dienststreue voll erhalten und gefördert werden. Diese Grundsätze gelten in gleicher Weise für die Lehrerschaft. Auch die Stellung der Staatsarbeiter, deren Leistungen im Kriege von großer Bedeutung gewesen sind, wird Gegenstand unserer besonderen Fürsorge sein.

Ministerversantwortlichkeit und Staatskanzlei.

Für die Gesamtpolitik des Landes soll künftig der Staatsminister, der den Vorsitz im Gesamtministerium hat, den Ständen in erhöhtem Maße verantwortlich sein. Dadurch wird die Verantwortlichkeit der übrigen Minister für ihre Departements nicht berührt. Es gilt aber, überall gewisse leitende Gesichtspunkte der Politik zur Geltung zu bringen und namentlich die Vertretung Sachsens im Reich einheitlicher und damit wirkungsvoller zu gestalten als bisher. Die erhöhte Tätigkeit des vorliegenden Staatsministers bedingt die Einrichtung einer Staatskanzlei, deren Chef die Beziehungen Sachsens zum Reich und diejenigen Fragen der inneren Politik zu bearbeiten haben wird, die einheitlich durch alle Ressorts geregelt werden müssen.

Sachsen und das Reich. — Schlusswort.

Der Minister schloß: Die Beziehungen, die Sachsen mit dem Reich verknüpfen, gedenkt die Regierung mit besonderem Eifer und besonderer Hingebung zu pflegen, weiß sich Sachsen doch als einer der ersten deutschen Bundesstaaten auf Leben und Tod, auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden. Wenn feindliche Stimmen einen Zerfall des Reiches in seine Einzelstaaten prophezeien, so zeigen sie damit nur, wie völlig sie den Geist des deutschen Volkes verkennen. Darum ist die sächsische Regierung gewillt, tatkräftig und voller Hingebung an der Entwicklung der Reichsangelegenheiten mitzuwirken, die Reichspolitik durch aktive Teilnahme zu fördern, die besten Kräfte, aber die Sachsen verfügt, dem Reichsdienste vor allen Dingen zur Verfügung zu stellen. So viel steht fest, innerlich morisch ist unser Volk nicht. Wir haben Anspruch auf einen Frieden, der uns die Entwicklungsmöglichkeit läßt. Die Menschheit muß endlich zur Ruhe kommen, soll nicht das tausendjährige Kulturwerk Europas in Rauch und Asche aufgehen. Dieser Krieg muß der letzte sein. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland im Frieden den Platz an der Sonne erhält, auf den es gerechten Anspruch hat und den es sich in Zukunft als freies Volk im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern täglich neu erobern wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Besprechung.

In der Besprechung der Rede stimmte als erster Abg. Uhlitz (Soz.) dem Programm der neuen Regierung zu. Seine Partei werde die Regierung unterstützen. Abg. Dr. Wöhme (kons.) bestritt, daß die neue Regierung gleichartige Anschauungen habe. Seine Partei werde die Regierung gleichfalls unterstützen, werde sich aber gegen eine Radikalisierung der ersten Kammer wenden. Staatsminister Mitschke lud alle Parteien zur Mitarbeit an den kommenden großen Aufgaben ein. Es sprachen noch die Abg. Brodau (Fortschr.) und Seeger (Unabh. Soz.), die sich sehr heftig gegen die Regierung wendet. Für die Bemerkung, die Staatssekretäre im Reich seien die Hausknechte des Kaisers, zieht er sich einen Ordnungsruf zu. Die heutige Regierung in Sachsen werde nur ein kurzes Zwischenstück sein. Nur die sozialistische Republik könne uns retten. Es sprachen noch Minister Günther und der Abg. Fleißner (Unabh. Sozialist.)

Nächste Sitzung Mittwoch.

Kleine politische Meldungen.

Die Medienburgische Regierung hat für beide Medienburg, die bisher die räumlichste Verwaltung in Europa hatten, die Einführung des gleichen allgemeinen Wahlrechts und die Errichtung von zwei Ständekammern angefordert. Der Abtransport der Wermes Maschinen. Wie die Welt über, schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen der deutschen, der rumänischen und der ungarischen Regierung über den Abzug und Durchzug der Wermes Maschinen. Es besteht aller Wahrscheinlichkeit nach unsere tapfere Wermes das die Heimat erreichen werde. Der neue 18-Milliarden-Anleihe. Dem Reichstag ist ein neuer Anleiheplan vorgelegt, der aus Anleihe des Anleihe neue Mittel in Höhe von 18 Milliarden Mark anfordert. Amtsenthebung. Wie die Welt über, schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen der deutschen, der rumänischen und der ungarischen Regierung über den Abzug und Durchzug der Wermes Maschinen. Es besteht aller Wahrscheinlichkeit nach unsere tapfere Wermes das die Heimat erreichen werde. Der neue 18-Milliarden-Anleihe. Dem Reichstag ist ein neuer Anleiheplan vorgelegt, der aus Anleihe des Anleihe neue Mittel in Höhe von 18 Milliarden Mark anfordert. Amtsenthebung. Wie die Welt über, schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen der deutschen, der rumänischen und der ungarischen Regierung über den Abzug und Durchzug der Wermes Maschinen. Es besteht aller Wahrscheinlichkeit nach unsere tapfere Wermes das die Heimat erreichen werde.

des Oberkommandierenden der Gruppe in Auen ein. Die Besprechungen mit dem Feldman und dem Oberkommandierenden. Rein Umlagerung in Bulgarien. Die einzigen deutschen Militärern zugewandene Meldung, wonach die bulgarische Befehlsbefugnis in Auen über Konstantinopel die Nachricht von einem Umlagerung in Bulgarien erhalten hätte, entbehrt jeder Begründung.

Von Stadt und Land.

Aue, 5. November.

Beworben der Militärarzt Gehelmer. Verschiedentlich aufgetauchte Meldungen von einem Wechsel in der Leitung der Reichsbehörden sind verfrucht. Gehelmer Dr. Seutler beabsichtigt nicht, in den nächsten Tagen von seinem Amte zu scheiden, sondern er wird aus Gesundheitsrücksichten erst Ende des Jahres seinen Posten abgeben.

Kriegsauszeichnung. Kanonier Johannes Schulze, wurde mit dem E. R. M. ausgezeichnet und zum Gefreiten befördert.

1. Die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe in der Auer Realschule. Wie wir erfahren, beläuft sich das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Schülerzeichnungen der hiesigen Realschule für die 9. Kriegsanleihe auf 10960 M. Die Anzahl der Zeichner war diesmal größer als bei der 8. Anleihe, die größeren Zeichnungen sind diesmal allerdings ausgeblieben.

Vorlesung Hohlfeldt. Nach längerer Pause hat Herr Oberlehrer Hohlfeldt seine so beliebten Vorlesungen gestern Abend im Hotel Burg Wettin wieder aufgenommen. Der Besuch war sehr gut. Herr Hohlfeldt las das fünfaktige Drama „Ermanarich“ von E. v. Wildenbruch, das erst im September d. J. im Rgl. Schauspielhaus in Dresden zur Aufführung gelangte. Vorher gab Herr Hohlfeldt Erklärungen über den Dichter und dieses Werk und legte dar, woher es komme, daß „Ermanarich“ erst nach 10 Jahren den Weg zur Bühne finden konnte. Auch den geschichtlichen Hintergrund der Dichtung beleuchtete der Vortragende. Sodann las Herr Hohlfeldt mit gewohnter plastischer Eindringlichkeit das Werk selbst vor. Die Zuhörer waren bis zum Schluß äußerst gespannt und tief ergriffen.

„Der Hofe Pilgerfahrt“, das bekannte prächtige Chorwerk Koetz Schumanns, wird am Freitag den 15. November, abends 7/8 im Bürgergarten vom Flottenbünd Deutscher Frauen zur Aufführung gebracht werden. Man wird die Aufführung mit Freuden begrüßen dürfen, da sich hier leider so selten Gelegenheit bietet, derartige Chorwerke zu hören.

Gemäldeausstellung in Aue. Der Künstlerverband Dresden wird, wie wir hören, in der Zeit vom 10. bis 30. November im alten Sitzungssaal des Rathauses zu Aue eine Gemäldeausstellung veranstalten. Es gelangen von 11 Künstlern etwa 180 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und graphische Blätter, durchgehend gute und preiswerte Bilder, zur Ausstellung. Die Ausstellung wurde bisher in Zwicau und Meerane gezeigt und fand überall die günstigste Aufnahme.

Ausfall von Schnellzügen. Vom 7. November an wird für die Dauer der Einziehung der preußischen Schnellzüge 141/144 auf der Strecke Hannover-Leipzig (an Leipzig 7.12, ab Leipzig 10.20) das Schnellzugpaar 144/145 zwischen Dresden und Leipzig aufgelassen (ab Dresden Hbf. 8.10, an Leipzig Hbf. 10.14, ab Leipzig Hbf. 1.20, an Dresden Hbf. 3.20). Der Schnellzug 141 bleibt zwischen Leipzig und Dresden (ab Leipzig Hbf. 7.25, an Dresden Hbf. 9.45) bestehen.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Waffenstillstand.

London, 5. Oktober. (Reuter.) Unterhaus Lloyd George kündigte an, daß die Allierten den Präsidenten Wilson ersucht hätten, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, wenn sie die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen wünschte, denen die Allierten zustimmten, so solle sie sich in der üblichen Weise an Hoch wenden. (Reuter Welfall.)

Berlin, 5. November. (Amtlich.) An dem Gerücht, die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch vorenthalten, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Paris, 5. November. Der tschecho-slowakische Minister des Aeußern Benes nahm an den Beratungen der Konferenz der Allierten in Versailles als Vertreter der tschecho-slowakischen Regierung teil.

Eine Vertrauenskundgebung für den Kaiser.

Berlin, 6. November. Auf eine mit etwa 100 000 Namen versehene große pommerische Vertrauenskundgebung an den Kaiser ist aus dem Geheimen Kabinettsrat folgende Antwort eingegangen: Der Kaiser und Adig haben die aus allen Teilen Pommerns stammende, mit etwa 100 000 Unterschriften versehene Kundgebung dem Herrn Reichskanzler zugehen lassen und mir befohlen, den treuen Pommern für das aus dem Einbruch des Grafen dieser Zeit hervorgegangene Bekenntnis treuer Anhänglichkeit und hoher Vaterlandsliebe warmen Dank zu übermitteln.

Abreise des russischen Botschafters in Berlin.

Gegen den Bolschewismus. Berlin, 5. Novbr. Herr Joffe, der russische Botschafter in Berlin, dessen Stellung unhaltbar geworden ist, dürfte bereits gestern Abend mit dem gesamten Personal der Botschaft Berlin verlassen haben, um nach Moskau zurückzukehren. Gestern Mittag wollte er zu längerer Unterredung im Auswärtigen Amt. Die Berliner Stelle der russischen Telegraphen-Agentur ist gestern Nachmittag aufgehoben worden. — Der Vorwärts schreibt: Schon lange ist behauptet worden, daß sich die russische Botschaft in die inneren Verhältnisse des deutschen Reiches in unzulässiger Weise einmische und jene in Deutschland nur sporadisch vertretene Richtung begünstige, welche ihr partei-

politisch am nächsten stehe. Wir haben diese Behauptung im guten Glauben bestritten, auf Erklärungen gefaßt, welche von der russischen Botschaft selbst abgegeben worden sind. Diese Erklärungen haben sich leider auch als unwahrhaftig herausgestellt, so daß wir zu unserem Bedauern gezwungen sind, von der russischen Botschaft in jeder Beziehung Abschied zu nehmen. — Wiederholt wurde von uns vor geheimnisvollen Flugblättern gewarnt, welche den Zweck verfolgten, Uneinigkeit und Zerspaltung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und sie zu einer Politik zu ermuntern, welche russischen Verhältnissen entsprechen mag, den deutschen aber nicht entspricht. Wir wollen keine russischen Zustände, denn wir wissen, daß das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft Hungers stirbt, obwohl Rußland ein vorwiegend ackerbauliches Land ist. In Deutschland müßte die Anwendung solcher Methoden zu noch viel entsetzlicheren Zuständen führen. Die deutsche Arbeiterschaft ist sozialistisch durch und durch, aber den Sozialismus asiaticus, der sich Bolschewismus nennt, lehnt sie ab.

Vom Reichstage.

Berlin, 5. November. Im Reichstag tagte gestern wiederum der interfraktionelle Ausschuß, und für heute haben die Sozialdemokraten und Nationalliberalen Fraktionsitzungen in Aussicht genommen. — Gestern Nachmittag empfing laut „Volkswacht“ Reichskanzler von Bayern den Führer der Konservativen, Grafen Westarp.

Eine Erklärung der Wähler.

Kolmar, 5. November. Das Kolmarer Tageblatt meldet: Eine am letzten Donnerstag in Kolmar zusammengetretene Versammlung altkatholischer Bürger verschiedener Parteien hat die Stadt und Kreis Kolmar nach nach eingehender Besprechung der politischen Lage folgende Resolution angenommen: Durch die Annahme der in den Wochenschriften des Präsidiums Wilson enthaltenen Grundzüge seitens der deutschen Regierung ist die elsass-lothringische Frage zur internationalen Diskussion gestellt worden. Die Versammlung erwartet, daß keine Lösung erfolgt, ohne daß das elsass-lothringische Volk selbst über seinen Willen befragt wird. Sie fordert, daß das allen Wählern zugesicherte Recht der Selbstbestimmung über staatliche Zugehörigkeit auch dem elsass-lothringischen Volke gemäß den Grundgesetzen Wilsons garantiert wird.

Parlamentarisierung in Odenburg.

Odenburg, 5. November. Der Landtag wurde heute im Großherzoglichen Schloß vom Großherzog persönlich eröffnet. In der Thronrede, die der Großherzog verlas, kündigte er folgende Parlamentarisierung an: Es soll ein ständiger Landtagsausschuß als einheitliche Behörde mit der Regierung zusammen über alle wichtigen Staatsangelegenheiten beschließen.

Die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 4. November. Der ungarische Kriegsminister erklärte bezüglich des abgeschlossenen Waffenstillstandes. Die Demarkationslinie wird die ungarische Landesgrenze sein. Wahrscheinlich werden französische und englische Truppen nach Ungarn kommen. Sollten sie kommen, so kommen sie nicht als Feinde und ihr Aufenthalt wird nur kurz sein. Keineswegs wird die Okkupation von langer Dauer sein. Sämtliche bisher hier stationiert gewesen reich deutschen Militärbehörden sind Sonnabend mit einem Dampfer nach Passau abgegangen. Gegenwärtig sind nur noch zwei reichsdeutsche militärische Umstellungen in Budapest tätig, die jedoch durch Zivilbeamte versehen werden, und zwar das Bahnhofs-Kommando und das sogenannte Ueberwachungskommando, welche die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimat zu befördern. Außer diesen auf dem Durchzug befindlichen deutschen Mannschaften stehen in Ungarn keine deutsche Soldaten mehr.

Streifenkämpfe in Lemberg.

Budapest, 5. November. Die Blätter melden aus Lemberg: Hier eingetroffene Personen erzählen, daß dort am Sonnabend und Sonntag Straßenkämpfe stattfanden, in deren Verlauf polnische Studenten das Post- und Telegraphenamt und bald darauf den Bahnhof besetzten. Am Sonntag nachmittag war der westliche Teil der Stadt vollkommen in den Händen der Polen. Sonntag trat eine kurze Waffenruhe ein. Die ungarischen Truppen verhalten sich neutral. Bis Sonntag mittag sind über 60 Personen in den Straßenkämpfen gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt.

Die Italiener in Süditalien.

Wien, 5. November. Aus Vogen melden die Blätter: Die ersten italienischen Offizierspatrouillen sind hier in Kraftwagen von Trient eingetroffen. In Vogen, Orles und Meran herrscht eine ruhige, gebildete Stimmung.

Schweres Eisenbahnunglück.

Caarbrücken, 5. November. Amtlich wird gemeldet: Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 811 auf der Fahrt von Bötzingen nach Buz in Brand. Der Zug wurde durch das Brechen der Notbremse zum Stehen gebracht; doch war ein Abfassen des Wagens nicht mehr möglich, so daß der ganze Oberwagenkasten ausbrannte. Dabei besunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 18 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzol oder anderer feuergefährlicher Stoff beimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gange.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seidmann. — Druck und Verlag: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Amtliche Bekanntmachungen.

Reichsreisbrotmarken.

Da teilweiser Abänderung der Bekanntmachung des Reichsverbands der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg über Reichsreisbrotmarken vom 4. September 1918 wird auf Anordnung des Direktors der Reichsreisbrotmarken folgendes bestimmt:

1. Mit Ablauf des 15. Dezember 1918 werden die Reichsreisbrotmarken die über 500 g Gebäck lauten, außer Kraft gesetzt und darf also vom 16. Dezember 1918 ab auf sie Gebäck oder Mehl nicht mehr verpackt werden.
2. Die Bäcker und Mehlhändler haben die bis zum 15. Dezember 1918 vereinnahmten Reichsreisbrotmarken, die über 500 g Gebäck lauten, bis zum 15. Dezember 1918 an ihre Ortsbehörden zum Zwecke der Ausstellung der Bescheinigung über abge-

lieferte Brotmarken abzuliefern. Bis zum gleichen Zeitpunkt haben auch die Bäcker, Metzger und Speisewirts die vereinnahmten Reichsreisbrotmarken, die über 500 g Gebäck lauten, bei ihrer Ortsbehörde gegen Brotmarken des Reichsverbandes der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg umzutauschen.

Die Ortsbehörden sind angewiesen, verpackte abgelieferte Marken beim Mehlbezug nicht anzunehmen, bei nicht in Brotmarken des Reichsverbandes der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg umzutauschen.

3. Bis zum 15. Dezember 1918 einschließlich werden den Verbrauchern durch die Ortsbehörden auf Antrag die Reichsreisbrotmarken über 500 g Gebäck in die entsprechende Anzahl Reichsreisbrotmarken über 200 g Gebäck umgetauscht. Nach dem 15. Dezember ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Bescheinigungsausweis oder sonstigen Ausweis vorlegt, inwieweit er über den 15. Dezember hinaus mit Reichsreisbrotmarken anstatt mit örtlichen Brotmarken zu seiner Brotversorgung versehen ist.

4. Auswärtige Handlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden nach § 80 der Reichsreisbrotmarkenordnung für die Jahre 1918 und 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Schwarzenberg, am 4. November 1918.
Der Reichsreisbrotmarken-Verband
des Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Dr. Zimmer.

Pferdefleischverkauf

bei Georg Brause, Schneebergerstr., Donnerstag, den 7. Nov. nachmittags 1 bis 5 Uhr auf die Nummern 1141 bis 2140 gegen Abgabe des Abschnittes B der Pferdefleischkarte. Auf den Abschnitt entfällt 1/4 Pfund.

Aue, den 6. Nov. 1918. Der Rat der Stadt.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädtel - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Günstigste Verzinsung von Bareinlagen.

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Montag nachmittags 1/2 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Minna Tröger geb. Becher

im 55. Lebensjahr nach schwerer Krankheit sanft verschieden ist.

In tiefem Schmerze

Gustav Tröger nebst Kindern
und übrigen Hinterbliebenen.

Aue, Berlin, Zwönitz, Beierfeld, Crimmitschau,
am 6. November 1918.

Die Beerdigung unserer teuren Heimgegangenen erfolgt Freitag mittags 1/2 Uhr vom Trauerhause, Friedrich-August-Straße 27, aus.

Todes-Anzeige.

Nach langem, schwerem, in großer Geduld getragenen Leiden verschied am 4. ds. Mts. sanft in dem Herrn unsere geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Diakonisse

Anna Liddy Wildner

in ihrem 33. Lebensjahr.

In gottergebenem, tiefem Weh

Familie Johann Wildner
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Auerhammer, Gallneukirchen, Stanislaw, im Felde und in Gefangenschaft,
den 6. November 1918.

Die Beerdigung unserer lieben Heimgegangenen findet am Freitag mittags 1/2 Uhr vom Trauerhause, Auerhammer 13 L, aus statt.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben, teuren entschlafenen Vaters

Franz Emil Fritsch

sage ich allen meinen verbindlichsten Dank. Insbesondere danke ich seinem werten Chef, sowie seinen treuen Mitarbeitern für die herrlichen Blumenspenden. Ferner danke ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche mir in dieser schweren Stunde treu und hilfreich zur Seite standen, sowie für den zahlreichen Blumenschmuck, für die Beileidsbezeugungen und für die letzt erwiesene Ehre zu seiner letzten Ruhestätte.

In tiefster Trauer

Paula Fritsch als Tochter.

AUE, den 6. November 1918.

Dir aber, mein Lieber, ruhe ich ein „Ruhe sanft“ und einen letzten Gruß in die Ewigkeit nach.

Für die uns beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen

Frau Elise Paula Lauterbach

geb. Roth

erwiesene Liebe und Anteilnahme danken wir hierdurch allen herzlichst.

Besonderer Dank gebührt dem Lackiererpersonal der Firma Ernst Hecker, sowie den lieben Hausbewohnern für die herrliche Blumenspende.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Aue, am 6. November 1918.

Tiefbewegten Herzens heimgekommen von der überaus ehrenvollen Beisetzung meiner lieben, unvergeßlichen Gattin, unserer guten Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, der Frau

Lily Emma Rineck geb. Ebert

sagen wir allen nur hierdurch unseren herzlichsten Dank. Besonderer Dank gebührt ihrem Herrn Vorgesetzten und ihren lieben Mitarbeiterinnen.

Dir aber, teure Entschlafene, ruhe ich ein „Ruhe sanft“ und „Ruhe in Frieden“ in deine kühle Gruft nach.

In Dankbarkeit

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Arbeiterinnen und Stanzerinnen
sowie
einige jugendliche Arbeiterinnen

für dauernde Beschäftigung
sofort gesucht.

Erzgebirgische Schnittwerkzeug- und
Maschinenfabrik G.m.b.H., Schwarzenberg.

Stütze

oder besseres
Hausmädchen

für ein. Privatwohnung
gesucht. Angeb. mit Ge-
haltangabe, Bild und
Zeugnissen erbittet
Frau Direktor Boltz,
Himmlerstr. 1, Zähr.

Edel. Mädchen,
welches schon in besserem
Haushalt in Stellung ge-
wesen, f. ärztlichen Haus-
halt sof. gesucht. Angeb. an
Dr. Angerloth, Chemnitz,
Böllnerstraße 8, 1.

Die Homöopath. Abteilung

von

Kuntze-Apotheke

bringt Ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.

12000 Mk.

auf sichere auszuleihen. An erst. im
1. Hypothek. Auer Tagbl.

Bereitigte amtliche Haarschnittstellen für Kriegswäsche.
2 Pfg. zahlen für ein Gramm Wäsche
(ausgekämmte Frauenhaare)
Stern & Gauger,
Perückenfabrik- und Haargroßhandlung,
Aue, Wettinerstraße 48, nur am Wettinerplatz.

Mehrere Enten

zu verkaufen. Scherrer, Ernst-Papst-Str. 32.

Möbelzimmer

sof. ab. l. d. Wohnung
b. einem Beamten gesucht.
Angebote unter N. Z. 4902
an das Neue Tagesblatt. N. Z. 4902 an d. Auer Tagbl.

Gelbe
Kohlrüben
Runkelrüben
Weißkohl
Möhren
Kohlrabi

offertiert in Ladungen
frachtfrei jeder Station
J. H. Vogel, Sigmara
Telephon 70.

Zöpfe

werden u. repariert billigst
in kürzester Zeit

Stern & Gauger

Xöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 58 am Wettinerplatz
Beratung: zeitliche Haarschnitt-
stellen für Kriegswäsche.

Züchtig. Werkzeugmeister.

Beleuchtungskörper- und Metallwarenfabrik,
welche noch eine Abteilung für Massenartikel der
Reinleisen- und elektrotechn. Branche errichtet, sucht
zum 2. Jan. 1919 gelernt. Werkzeugmacher, Schmitz-
und Stangenbauer, als Meister.

Bewerber mit reichen Erfahrungen u. besten
Zeugnissen werden um ausführl. Angebot unter
Angabe von Alter und Gehaltsanspr. gebeten.

G. F. Barthel, Chemnitz,
Wolfensteinstr.

Personal

weibliche und männliche, jugendliche und Ältere, teil-
weise auch solche, die nur halbe Tage arbeiten können,
für dauernde Arbeit gesucht.

Max Gerstner, Aue, Mittelstraße 38.

Aufwartung od. Dienstmädchen

für sofort gesucht.
Zeitl., Carolafstraße 4.

Flottenbund Deutscher Frauen

Ortsgruppe Aue.

Freitag, den 15. November

im Bürgergarten, 1/8 Uhr

Der Rose Pilgerfahrt

von Schumann.

Große Märchen-Gesangsaufführung mit Chor u. 4 Soli.

Die unserem Bunde glühend zugedachten Weih-
nachtspenden — bitte in Geld — wolle man bis
1. Dez. bei Frau Postdir. Burgwitz abgeben.
M. Schuber, Vorkasse.

Drucksachen aller Art

liefert schnell und in bester Ausführung
Buchdruckerei Auer Tagesblatt,
Ernst-Papst-Straße Aue, Fernsprecher 53.